

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862

14.6.1862 (No. 139)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 14. Juni.

N. 139.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr. Einrückungsgebühr: die gedruckte Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelber frei. Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1862.

Auf das mit dem 1. Juli beginnende dritte Quartal der Karlsruher Zeitung nehmen alle Postämter Bestellungen an.

Unsere auswärtigen H. Abonnenten machen wir darauf aufmerksam, daß sämtliche Abonnirungen bei den großh. Postexpeditionen mit Ende dieses Monats abgelassen sind. Wir ersuchen deshalb, damit keine Unterbrechung im Bezug eintritt, dieselben baldmöglichst bei den betreffenden Poststellen erneuern zu wollen. Der Abonnirungspreis beträgt, die Postboten- und Briefträger-Gebühr eingerechnet, in den Orten des Landpost-Bezirks Karlsruhe vierteljährlich 2 fl. 4 kr., und halbjährlich 4 fl. 8 kr., in allen andern Orten des Großherzogthums vierteljährlich 2 fl. 23 kr., halbjährlich 4 fl. 45 kr.; für welche Beträge die einzelnen Nummern vollständig franco den H. Abonnenten zuzustellen sind.

Die Bestellungen aus den Landorten können den Landpost-Voten aufgegeben werden.

Telegramme.

Kassel, 13. Juni, Mittags. Dem Vernehmen nach ist das gestern von uns bezeichnete Ministerium von dem Kaiserlichen genehmigt worden. Die weitere Entwicklung ist von der Gutheißung des vorgelegten Programms abhängig.

Neu-York, 31. Mai. Die Südstaatlichen haben Korinth aus Mangel an Lebensmitteln geräumt und sich südwärts nach dem 70 Meilen von der Mobile-Damp-Bahn gelegenen Okolona zurückgezogen. General Halleck hat Korinth besetzt. In der Stellung vor Richmond hat sich nichts geändert. General Butler hat in New-Orleans drei britische Uwerthanen wegen Bruchs der Neutralitätsgesetze verhaften lassen. Der britische Botschafter hat dagegen protestirt.

Neu-York, 1. Juni. In Norfolk angelommene Flüchtlinge sagen, daß die südstaatliche Armee in Richmond 200,000 Mann stark sei.

Die New-Yorker Blätter melden nach einer amtlichen Depesche des Ignacio Regia an Juarez, die aus Puebla, 8. Mai datirt ist, den Rückzug der Franzosen in Mexico.

Veracruz, 15. Mai. Die Franzosen, welche unter Lorencez, begleitet von Almonte, auf Mexico marschirt sind, dürften jetzt in der Nähe dieser Stadt sein, die Juarez vertheidigt. Die Kommunikation zwischen Veracruz und dem Innern sind unterbrochen. Das gelbe Fieber herrscht in Veracruz; der Gesundheitszustand im Innern ist ausgezeichnet. Zahlreiche Verstärkungen der Franzosen werden erwartet. [Die Quelle ist wohl französisch.]

Petersburg, 12. Juni. (Russ. Bl.) Ein kaiserl. Ukas bezüglich der Ernennung des Großfürsten Konstantin zum Statthalter von Polen sagt: In Betracht, daß die von 1818 übertragenen Vollmachten mit den gegenwärtigen Verhältnissen unvereinbar sind, bestimmt die neue Vollmacht des Statthalters: Der Statthalter übt die Autorität der Administration und Exekutive durch die Vermittlung des Chefs des Zivildienstes und des Truppenkommandeurs aus, welche ihm untergeordnet sind; auch steht demselben das Begnadigungsrecht zu.

Bern, 12. Juni. (Schw. Bl.) Der Empfang Garibaldi's zu Locarno durch seine Angehörigen, die Behörden und die Bevölkerung war glänzend und von höchster Begeisterung, jedoch nicht offiziell. Der Syndicus Rusca bewillkommte ihn; Schützenverein und Arbeiterverein ernannten ihn zum Ehrenmitglied; Battagliani toastirte die Republik; Marconi, Präsident der Helvetia, überreichte ihm einen Stutzen; Hauptmann Vello, ein Ungar, erinnerte ihn an das Versprechen, „Ungarn zu befreien“, worauf Garibaldi erwiderte: Er nehme die Prophezeiung, bald nach Ungarn zu gehen, an. Für den Empfang der Schweizer dankte er tief gerührt. Die Schweizer seien glücklich, hätten ein Vaterland, welches ein Asyl für Verbannte sei; auch er sei verbannt. 3000 Anwesende, Männer und Frauen, vergötterten Garibaldi. Ein Banket hat zu Ehren des Generals stattgefunden. Am 9. (?) d. Mis. war großes Geleit bis Canobbio.

Mailand, 10. Juni. (It. Bl.) Der Vorstand der Mailänder Schützen theilt mit, daß in Folge der von dem deutschen Bundes-Schützenverein (sic) in Frankfurt gemachten Erklärungen die italienischen Schützen nicht nach Frankfurt gehen werden.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 13. Juni. Der von dem Abgeordneten Kates der Zweiten Kammer erstattete Bericht über das

Budget der Zollverwaltung sagt bei Gelegenheit des S. 1. Antheil an den gemeinschaftlichen Zollfällen und der Rübenzuckersteuer:

„Es würde uns nicht wohl anstehen, wollten wir in der Besprechung dieses Postens die kritische Lage, in welcher sich zur Stunde der Zollverein befindet, gänzlich ignoriren.“

Es ist Ihnen, meine Herren, gewiß noch im Gedächtniß, daß die Budgetkommission durch den Berichtshalter eine öffentliche Anfrage an die großherzogliche Regierung stellen ließ, welche sich auf die bei der Erneuerung der Zollvereins-Verträge für die Zeit vom 1. Jan. 1866 an ins Auge zu fassenden Reformen bezog. Die befriedigende Erklärung der großh. Regierung über die von ihr eingenommene Stellung zu diesen Reformen konnte in uns die besten Hoffnungen erwecken. Schwierig werden wir jedoch irren, wenn wir annehmen, daß in Folge einmal des damals gar nicht erwarteten Entwicklungsganges der politischen Verhältnisse in Preußen, dann aber auch in Folge der Verhandlungen Preußens mit Frankreich über einen Handelsvertrag zwischen diesem und dem Zollverein jene Verhandlungen über die Reformen für die Gesetzgebung und Verwaltung des Zollvereins u. s. w. um keinen Schritt vorwärts gekommen sind. Das kann und darf uns indessen nicht abhalten, gegenwärtig wiederholt die Zuversicht auszusprechen, großh. Regierung werde unter allen Umständen die bekannt gegebenen Zielpunkte einer innern Reform des Zollvereins mit allem möglichen Nachdruck verfolgen. Ja wenn jemals, so werden wir gerade jetzt an die ganze Schwäche der Zollvereins-Gesetzgebung und an die gefährliche Lage zollvereinter Staaten mit Repräsentativverfassung ohne geeinte Vertretung der beteiligten Bevölkerungen gemahnt, indem es einem einzelnen, auch dem kleinsten Lande, ja der Regierung eines solchen ohne Zutug der Volksvertretung durchaus freigegeben ist, darüber zu entscheiden, daß ein von Freund und Feind als höchst wichtig angesehener Vertrag von der Gesamtheit der Staaten des Zollvereins als solchen zurückgewiesen werden muß. Leider fehlt uns die Hoffnung, daß die Regierungen des Zollvereins dieser wahrhaft bedauerlichen Situation durch einen müthigen Schritt zu der doch von allen bereits als nötig erkannten und auch von uns früher lebhaft befürworteten Reform vor der Erledigung der Frage über den von Preußen nunmehr abgeschlossenen Vertrag ein Ende machen werden, wenn wir auch nicht unterlassen wollen, der Erwägung großh. Regierung zu empfehlen, in weit der Moment zu einer Initiative ihrerseits bei ihren hohen Verbündeten jetzt gekommen ist.

Die offiziellen Dokumente über dieses Vertragswerk sind bereits in Ihrer Hand und auch Sie Alle werden die Ueberzeugung theilen, daß es sich hier um ein wichtiges Ereigniß handelt.

Die Budgetkommission würde nicht nur keinen Anstand nehmen, sondern es als ihre Pflicht ansehen, auf eine materielle Erwägung der durch den Vertrag stipulirten Tarifänderungen einzugehen, wenn nicht eine verselbständigte Verhandlung über diesen Gegenstand bevorzünde, der wir nicht vorgreifen wollen. Dagegen ist es geradezu unumgänglich für uns, auf einen Punkt aufmerksam zu machen, welcher unmittelbar die gegenwärtige Budgetvorlage der Zollverwaltung berührt.

Wir Alle werden allerdings mit größter Befriedigung die Worte in der Depesche des Grafen v. Bernstorff vom 3. April gelesen haben: „So entschieden wir auch aus voller Ueberzeugung die Lösung des Bundes zwischen den Staaten des Zollvereins als eine Eventualität bezeichnen konnten, welche, wenn gleich formell unstrittig vorhanden, materiell außer Betracht zu lassen sei.“ Gleichwohl wird es keiner Ausführung bedürfen, daß diese Eventualität thatsächlich und ganz abgesehen von den Erklärungen in dem Vertragswerk selbst nur dann wirklich „materiell außer Betracht bleiben wird“, wenn alle Zollvereins-Staaten dem Vertrag ihre Zustimmung geben. Trog aller Wichtigkeit der Sache scheint es zunächst, als ob Ihre Kommission für ihre jetzige Aufgabe gerade diese Eventualität außer Acht lassen könne, weil die Nichtannahme des Vertrags und sogar nur diese den Fortbestand des Zollvereins auf den bisherigen Grundlagen bis zum Schluß von 1865 und damit auch die gewohnten Elemente der Berechnung unserer Budgetsäge für 1862 und 1863 aufrecht halten werde.

Den ganz offenbar werden die letztern verändert durch die Annahme des Vertrags absetzen der Zollvereins-Staaten. Preußen selbst hat dem Vertrag seine vorläufige Zustimmung am 29. März gegeben, und für die seiner Zollverbindungen den Schlußtermin des 29. April angelegt. Wenn nun auch letzterer als hinausgeschoben zu betrachten ist, so kann das doch nicht gerade auf lange hin sein; die Ratifikationsaufreden aber sollen „so bald als möglich ausgeführt werden, der Vertrag selbst soll zwei Monate nach diesem Austausch in Kraft treten.“ Wir werden schwerlich irren, wenn wir den Herbstanfang als die Zeit ansehen, in welcher der neue Zolltarif in Geltung treten würde.

Es würde also der neue Tarif schon für $\frac{1}{2}$ bis $\frac{2}{3}$ der für uns jetzt vorliegenden Budgetperiode maßgebend sein, ganz abgesehen davon, daß aus naheliegenden Gründen auch die Zeit bis zum Herbst sicherlich nicht ohne Spuren der vorausgehenden Wirkung des neuen Tarifs bleiben wird.

Wenn wir nun gerade eingesehen müssen, daß unsere auf die seitberige Erfahrung und auf die Voraussetzung der Fortdauer bisheriger Normen für den internationalen Verkehr zu basirende Berechnung der Budgetsäge mit der Annahme des Vertrags ihren sichern Boden verliert, so wird es von großem Interesse, die mathematischen Wirkungen des angenommenen Vertrags auf die Zolleinnahmen abzuschätzen; nicht etwa um darauf unsere Budgetsäge jetzt zu begründen, sondern nur um einigermaßen die mögliche Fehlergrenze unserer Anschläge zu bestimmen.

Es findet sich aber, meine Herren, über diese Frage bereits in der vorher erwähnten Depesche des Grafen Bernstorff folgende Ausführung:

„Auch vom Standpunkt der finanziellen Interessen des Zollvereins mußten wir dem von uns gewählten Wege den Vorzug geben. Theorie und Erfahrung lassen keinen Zweifel darüber, daß, wo es sich um Schutzzölle handelt, eine erhebliche Zollermäßigung finanziell besser wirkt, als eine geringe. In der That sind wir gerade bei denjenigen Zollermäßigungen, zu welchen wir uns am schwersten entschlossen haben, wegen ihrer finanziellen Wirkung am wenigsten besorgt gewesen. Freilich will ich nicht läugnen, daß einzelne Ermäßigungen, blos vom finanziellen Standpunkt aus, zu vermeiden gewesen wären. Bei ledernen Handschuhen, künstlichen Blumen, Schmußfedern u. dgl. ist auf eine Vermehrung der Einfuhr, durch welche die Verminderung des Abgabensatzes ausgeglichen werden könnte, nicht zu rechnen. Die hieher gehörenden Artikel sind indess sämmtlich von sehr untergeordneter finanzieller Bedeutung, und sie gehören zu denjenigen, für welche aus nahe liegenden Gründen die begehrte Ermäßigung nicht verlangt werden konnte.“ Ich würde gewünscht haben, hier eine Berechnung der mathematischen finanziellen Wirkung der verschiedenen Zollermäßigungen beifügen zu können; es hat uns aber nicht gelingen wollen, Grundlagen für eine solche Berechnung zu finden, welche nicht dem Vorwurfe der Willkürlichkeit ausgesetzt wären. Unzweifelhaft ist der Ausfall, welcher durch völlige Aufhebung der Ausgangs- und Eingangsabgaben entsteht. Er berechnet sich nach den Ergebnissen der drei Jahre 1858/60 rund, und zwar bei den ersteren auf 165,000 Thlr., bei den letzteren auf 230,000 Thlr., im Ganzen auf etwa 400,000 Thlr. Unzweifelhaft ist ferner, daß durch die Ermäßigung der Eingangsabgaben für rohes Baumwollengarn und für Wein in Fässern um je ein Drittel theil ein Ausfall eintreten, und daß dieser Ausfall, welcher sich nach dem Ergebnis der nämlichen Jahre rechnermäßig bei ersterem auf 501,600 Thlr., bei letzterem auf 241,000 Thlr. stellt, sich erst allmählig ausgleichen wird. Für unzweifelhaft halten wir es, daß die Gewebe und die Eisenwaaren, bei welchen zum Theil thatsächliche Einfuhrverbote aufhören, Mehreinnahmen ergeben werden. Bei manchen der übrigen Gegenstände wird die nämliche Erscheinung eintreten, bei andern wird man auf eine Verminderung der Einnahme gefaßt sein müssen; ziffermäßige Anschläge sind indess nicht aufzustellen, ohne in ein Gebiet der Wahrscheinlichkeiten zu gerathen, welches jeder sichern Grundlage entbehrt.“

In der That wird Niemand das Schwierige und Problematische einer solchen Berechnung übersehen, insbesondere weil nach einem derartigen Ereigniß Faktoren auch von ganz neuen Seiten her austreten und wirksam werden, die gar nicht vorausgesehen werden konnten. Wir untererleits bescheiden uns gern gegenüber der preussischen Regierung, welcher die ganze Fülle des nötigen Materials und so ausgezeichnete Arbeitskräfte zu Gebot stehen, mit einem besondern Berechnungsversuch hervorzutreten. Dagegen wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß auch an dieser Stelle die preussische Regierung auf nichts weniger ausgeht, als die etwaigen mäßigen Ergebnisse des Vertragswerks zu verdecken, und daß sie jedenfalls berechtigt war, ja gegenüber andern Lesern als den auf diesem Gebiet längst verhandigten Regierungen verpflichtet gewesen wäre, mit weit stärkerem Nachdruck auf den in Folge der Minderung der Tarifsätze steigenden Mehreingang zollpflichtiger Waaren hinzuweisen. Wir haben um so mehr Ursache, dies hervorzuheben, als Niemand im Zweifel sein kann, daß das wirkliche Zustandekommen des Vertrags auch mindestens einen Theil derjenigen „politischen Unsicherheit“ hinwegnimmt, welche den Aufschwung des internationalen Verkehrs belästigt.

Wir dürfen uns aber, meine Herren, trotz des ersten Scheiterns einer entgegengesetzten Sachlage durchaus nicht verhehlen, daß auch die Nichtannahme des Vertrags in erheblicher Weise auf die Zolleinnahme einwirken wird. Das ist in der That gar nicht zu bezweifeln und von uns wie von allen Zollvereins-Regierungen für ihre Budgetaufsichten um so mehr ins Auge zu fassen, als die preussische Denkschrift daran gar nicht mahnt. Durch die gegenseitigen starken Importerleichterungen nämlich, welche sich in vollendeten Handelsverträgen insbesondere England, Frankreich und Belgien zugestanden haben, ist die Aufrechterhaltung des bisherigen und zwar in der letzten Zeit ganz außerordentlich stark gewachsenen Absatzes der deutschen Exportindustrie

unter Fortbestand der bisherigen Einfuhrzölle Frankreichs, Belgiens und Englands uns gegenüber durchaus nicht zu erwarten. Es weisen alle Beurtheiler des Vertragswerks darauf hin, daß man mindestens den Verkehr mit jenen drei Ländern überall in der Prüfung seiner Folgen in Betracht zu ziehen habe, und die Lage des Zollvereinsländischen Exporteurs würde also in jedem der drei Länder durch die so viel erleichterte Lage seiner Konkurrenten aus den je zwei andern Ländern empfindlich erschwert. Wenn Sie, meine Herren, sich nun daran erinnern, daß aller internationale Güterverkehr schließlich nur in dem gegenseitigen Austausch der in den einzelnen Ländern überschüssig erzeugten Produkte besteht, so werden Sie auch zugestehen müssen, daß eine unvermeidliche Minderung der Zollvereinsländischen Ausfuhr zu einer Minderung der Einfuhr und mit ihr der Zolleinnahmen von derselben führen muß.

Welches Resultat werden wir nun, meine Herren, aus diesen Betrachtungen zu ziehen haben?

Daß wir uns offen eingestehen:
1) Der Ausschlag des badiſchen Antheils an den gemeinschaftlichen Zollgefallen für die vorliegende Budgetperiode ist in einem viel höhern Grade wie bisher als ein unsicherer anzusehen.

2) Es ist deshalb empfohlen, daß wir, da wir doch uns von den gewöhnlichen Normen für die Bestimmung des mutmaßlichen Einnahmesages nicht losmachen können, in zweifelhaften Fällen lieber etwas niedriger greifen, auch wenn nach Maßgabe der bisherigen Beurtheilung das Uebergewicht der Gründe für den höhern Satz sprechen würde."

† Karlsruhe, 13. Juni. Schließte öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Samstag den 14. Juni, Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des Berichts des Abgeordneten Knieß über das ordentliche Budget des großh. Finanzministeriums für die Jahre 1862 und 1863, Abtheilung IV. Zollverwaltung. 3) Erstattung und Berathung von Berichten der Petitionskommission.

Deutschland.

† Karlsruhe, 13. Juni. In der heutigen Sitzung der Ersten Kammer wurde das Gesetz über die Gerichtsverfassung durchberathen und mit allen gegen eine Stimme (Fehr. v. Göler) angenommen.

± Nippoldsau, 12. Juni. Unsere Saison geht heuer schon allmählig ihrem Höhepunkt entgegen und ist sowohl durch die Anwesenheit hoher Herrschaften, wie auch durch eine beträchtliche Zahl von Kurgästen aus Deutschland, Schweiz und Frankreich zur Zeit schon sehr belebt. Ihre Maj. die Königin und Ihre Königl. Hoheit die Prinzessin Friedrich von Württemberg erscheinen täglich frühzeitig zum Kurgebrauch an den Quellen und auf den Promenaden, durchschnittlich begünstigt von schöner Witterung und einer reinen frischen Morgenluft; die Nachmittagsstunden werden gewöhnlich zu einer Ausfahrt gegen das durch seinen Landschaftscharakter ausgezeichnete Schapbachthal benützt. Während der Pfingsttage war Sr. Königl. Hoheit der Prinz Wilhelm von Württemberg zum Besuche seiner hohen Verwandten hier anwesend. Zahlreiche Touristen durchkreuzten während dieser Tage unser Gebirgsthäl; so war auch am Pfingstmontag der Gesangsverein von dem benachbarten Freudenstadt hiehergekommen, und selbst die Ungunst der Witterung konnte die Sänger nicht abhalten, durch Wieder ihrer Landesfürstin Verehrung und Ergebenheit zu zollen.

München, 10. Juni. (B. Bl.) Der adelige Klub dahier beabsichtigt auf seine Kosten mehrere ausgezeichnete Gebirgsschützen zum deutschen Schützenfeste nach Frankfurt zu senden. Denjenigen Forstbeamten, welche dasselbe besuchen wollen, soll der Urlaub sofort bewilligt werden; bereits hat sich eine größere Anzahl derselben zur Theilnahme an dem Feste entschlossen. In Frankfurt wird der Antrag gestellt werden, für das nächste deutsche Schützenfest München als Ort seiner Abhaltung zu wählen.

◇ Frankfurt, 12. Juni. Nachstehendes ist der Wortlaut der von Württemberg in der Bundestags-Sitzung vom 5. d. nachträglich abgegebenen Erklärung über seine Abstimmung in der kurheftischen Angelegenheit:

Die Königl. Regierung hat sich in Absicht auf den von Oesterreich und Preußen in der Sitzung vom 8. März d. J. gestellten und von dem Ausschuss in der Sitzung vom 22. v. M. zur Annahme empfohlenen Antrag zunächst auf eine einfach zustimmende Erklärung beschränkt und sich einer näheren Angabe ihrer Auffassung von der Bedeutung dieses Antrags enthalten, um nicht Zweifel über den Sinn dieses Antrags im Schoße der Bundestagsversammlung hervorzurufen und hiedurch die ihr wünschenswerth erscheinene einmüthige Beschlussfassung der Bundestagsversammlung zu erschweren.

Nachdem jedoch sämmtliche Bundesregierungen, welche dem Antrag beigestimmt haben, ihre Zustimmung unter Bezugnahme theils auf die dem Antrag selbst zu Grunde gelegten Erwägungen, theils auf die in dem Ausschussprotokolle enthaltenen Motive begründet haben, so findet sich die Königl. Regierung, um jedem Mißverständniß über die Bedeutung ihrer Zustimmung zu begegnen, veranlaßt, die letztere kurz dahin zu erklären, daß sie dem von dem berichtenden Ausschusse bevorzogenen Antrage in dem Sinne zugestimmt habe, daß durch denselben eine Wiederherstellung des ganzen, bis zum Jahr 1852 im Kurstaate bestehenden Verfassungsrechts, vorbehaltlich der auf verfassungsmäßigem Wege zu unternehmenden Herstellung der Uebereinstimmung mit dem Bundesrecht, bezweckt und insbesondere eine Wiederherstellung der aus dem Jahr 1848/49 stammenden Zusätze zu der Verfassung von 1831 nicht ausgeschlossen werden solle.

Die Königl. Regierung ist indeß auch ihrerseits des Darhaltens, daß die Bundestagsversammlung von ihrem Standpunkt aus die künftige Regierung zu Wiederherstellung anerkannt bündewidriger Bestimmungen nicht auffordern könne, daß daher namentlich die Wiederherstellung des Wahlfreyes von 1849 in seinen dermaligen Bestimmungen

eigentlich nur eine transitorische sein könne, indem gerade dieses Gesetz mit dem Bundesrecht nicht im Einklang stehe, sonach mindestens einer wesentlichen Modifikation bedürfe.

* Frankfurt, 12. Juni. Im Lauf dieses Monats sind wieder nachstehende Anmeldungen zum Besuche des deutschen Schützenfestes dahier eingetroffen: Aus Andernach, Arnswalde, Alen 10, Braunschweig 30, Barmen 12, Birkensfeld 10, Karlsbad, Kagenelndogen, Dursach 10, Dresden 10, Ems 18, Eintracht, Elville 11, Eppingen 10, Eppensfelden, Ekersberg, Freiburg i. Br. 12, Gressfeld, Grünstadt 25, Höchst, Helmsstadt, Holzappel, Hannover 10, Heidenheim 10, Jbslein, Königslutter, Kaufbeuren, Karlsruhe 20, Königstein, Limburg, Langelsfeld, Landsberg, Lahr 10, Medmühl 11, Oker, Olbe, Oberdöschingen, Oberbach, Offenbach 16, Osterode, Prinau, Reichenbach, Rothenburg, Rosock, Singheim, Stuttgart 100, Saulgau, Sappheim, Singen, Scharnbeck, Tattlingen, Trier 13, Treuen, Weimar, Waldbut, Zell (Rheinpfalz), Zürich. (Die Zahl der Schützen wurde nur angegeben, wenn sie mindestens 10 betrug.)

Kassel, 11. Juni. (Fr. Z.) Das neue Ministerium wird in vollem Einverständniß mit der Verfassungspartei handeln; seine Absicht wird sein, mit einem nach 1849 gewählten Landtage wieder das Wahlfreyes von 1831 zur Geltung zu bringen, wobei allerdings eine Meinungsverschiebung über Wiederzulassung der heftigen Ritterschaft hervorbrechen könnte. Uebrigens können wir aus zuverlässiger Quelle die bestimmte Versicherung geben, daß der Hintergedanke eines demnächstigen Ministeriums aus Mitgliedern oder Gefinnungsgenossen des abtretenden, sobald die äußeren Verhältnisse es zulassen, unveränderlich feststeht, und daß alle Nachrichten gewisser Blätter von aufrichtigem Entgegenkommen u. dgl. lediglich auf Täuschung hinausgehende Erfindungen sind.

Gera, 10. Juni. (R. Z.) Heute beginnt in hiesiger Stadt die Versammlung deutscher Lehrer ihre Verhandlungen. Die Zahl der auswärtigen Anmeldungen soll die Summe von 400 übersteigen. Gleichzeitig findet auch eine Zusammenkunft von Turnlehrern statt. Als Ort der Zusammenkunft im Jahr 1863 wurde Mannheim bestimmt. Für nächsten Sonntag den 15. d. M. ist von dem hiesigen Nationalverein eine größere Versammlung ausgeschrieben, für welche die H. H. Mez, Georgii und Fries ihre persönliche Mitwirkung zugesichert haben.

Dresden, 11. Juni. (Dr. Z.) Die so eben erschienenen Berichte der Finanzdeputation der Zweiten Kammer über die Verträge mit Frankreich (Referenten Abgg. Georgi, Falke, Bruner und Seiler) lauten für sämmtliche Verträge der Regierungsvorlage in der Hauptsache zu Gunsten.

Berlin, 11. Juni. Im Abgeordnetenhaus machte heute der Präsident die Mittheilung über den Empfang der Adreßdeputation durch den König, wie derselbe bereits aus den Zeitungen bekannt ist. Bei Vorlesung der königlichen Antwort erhob sich das Haus. Der Handelsminister bringt einen Gesegenwurf wegen Aufhebung des Postbriefbestellgeldes ein. Die Abgg. Reinhardt und Genossen haben den Antrag eingebracht, die Erwartung auszudrücken, daß die Königl. Staatsregierung baldmöglichst, jedenfalls eventuell mit Insbesonderen des französischen Handelsvertrages, die Weinkener für die preussischen Winzer in Wegfall bringen werde. Der Handelsvertrag mit Japan wird auf Antrag von Birchow von der Tagesordnung entfernt, bis der holländische Text (welcher als der authentische gilt) vorliegen wird. Der Finanzminister ist damit einverstanden; nur durch ein Versehen sei der holländische Text nicht mit vorgelegt. Beim Uebergang zu dem Handelsvertrag mit China konstatarie Abg. Müller-Demmin, daß die Expedition nach Ostasien sich durch den Erfolg gerechtfertigt habe, während Abg. Birchow, an den Untergang des „Frauenlob" erinnernd, dem allgemeinen Mißtrauen gegen die preussische Marineverwaltung Ausdruck gab. Der neue Handelsminister v. Holzbrink verteidigte dieselbe nur schwach. Nach einigen weiteren Bemerkungen der Abgg. Schmidt, Hartort, v. Mallinrot, Behrend und A. Reichensperger wurde der Vertrag ohne Widerspruch genehmigt. Es folgte der Antrag von Dahmann und Genossen auf Einsetzung eines Ausschusses von 21 Mitgliedern, „um über das Verhalten des Abgeordnetenhauses in seinen Beziehungen zum Herrenhaufe Bericht zu erstatten." Die Diskussion betraf lediglich die geschäftliche Behandlung des Antrags, und die Meinung wurde laut, es werde zeitig genug sein zu einem Ausspruch des Hauses, wenn eine Mittheilung des Herrenhauses dazu officiellen Anlaß gebe. Abg. Dahmann zog darauf seinen Antrag einstweilen zurück.

* Berlin, 11. Juni. Anknüpfend an die Antwort Sr. Maj. des Königs auf die Adresse des Abgeordnetenhauses kommt die „Sternzeitung" in einem Leitartikel heute abermals auf das Novemberprogramm zurück, um nachzuweisen, daß dessen Verwirklichung von der Regierung fortwährend bis heute erstrebt worden sei. In Bezug auf die deutsche Frage heißt es in dem Artikel:

Wie in der allgemeinen, so ist besonders in der deutschen Politik nach den hier vorgezeichneten Grundfahnen gehandelt worden. Das Preußen seiner Aufgaben für Deutschland eingedenk ist, davon geben zunächst seine Bemühungen auf allen Gebieten, wo positive Einigungselemente vorhanden sind, unzweideutiges Zeugnis, die Bestrebungen für die Erneuerung und Kräftigung der Bundeskriegsverfassung, der militärische Anschluß anderer deutscher Staaten an Preußen, die Förderung der nationalen Kistenverteidigung, und mannichfache andere gemeinsame Bemühungen in Bezug auf materielle und geistige Interessen. Die jüngsten Wochen aber haben von neuem gezeigt, daß Preußen auch zur Erfüllung seines Verus das Recht in Deutschland zu schützen entschlossen ist.

Die Bestrebungen der Staatsregierung für Deutschlands einheitliche Entwicklung waren von Anfang an mit der strengsten Achtung der Rechte Anderer vereinigt: dem wurde nach der Krise des Jahres 1859 in Folge der Tage von Baden und Teplitz auf allen Seiten vertrauende Anerkennung zu Theil. Wenn später ein Mißtrauen wach gerufen worden, zu

welchem die Staatsregierung gar keinen Anlaß gegeben hat, so ist die Ursache hievon wohl vornehmlich in der nicht maßhaltenden Geltendmachung der nationalen Bedürfnisse in der Presse, in Vereinen und auf Landtagen zu suchen. Die Staatsregierung hält ihrerseits die Grundfahne fest, welche sie in Uebereinstimmung mit obigem Programm in der Note vom 20. Dezember v. J. klar ausgesprochen hat, und wonach sie einerseits eine Vereinfachung der Grundlagen des Deutschen Bundes in seiner Gesamtheit, besonders die Zurückführung derselben auf die zur Erhaltung seiner Integrität und Sicherheit notwendigen Vertragsbestimmungen, andererseits die engere Vereinigung seiner Glieder auf dem Gebiet des innern Staatsrechts durch freie Vereinbarung erstrebt, bei jeder bedeutsamen Reform des Bundes aber die realen Machtverhältnisse zu Grunde gelegt wissen will.

Die Hoffnung auf Erreichung dieses Zieles ist des vorhandenen Gegenstandes ungeachtet nicht aufzugeben.

Wie Worte, welche der König bei dem Empfang einer Deputation aus dem Regierungsbezirk Minden gesprochen hat, sind in den Zeitungen vielfältig unrichtig wiedergegeben worden. Nach der „Sternzeitung" gewordener zuverlässiger Mittheilung habe der König jener Deputation im Wesentlichen Folgendes eröffnet:

Mit Dank nehme Er die Aeußerungen der Anhänglichkeit und Treue für sich und sein königliches Haus entgegen, welche die Deputation dargebracht habe, sowie den Ausdruck des Vertrauens zu seiner Regierung. Wenn der Wunsch, ihm diese Loyalitätsbekundungen vorzutragen, aus dem Ergebnis der Wahlen entsprungen sei, so hätte auch Er gewünscht, daß die Wahlen auf Männer gefallen wären, die klar und einfach ihr Vertrauen zu dem Geiste seiner Regierung, den er seit bald vier Jahren verfolgt, ausgesprochen hätten. Inwiefern hoffe Er, daß die Abgeordneten, unter denen sich würdige Patrioten befänden, sich bald überzeugen würden, daß ihnen seine Intentionen und die Richtung seiner Regierung vielfach von einer irrigen Auffassung aus falsch dargestellt worden seien, und daß sie die von ihnen gewonnene andere Uebersetzung in ihre Heimath zurückbringen und weiter verbreiten würden. Dann werde Er mit seinem treuen Volke allen Wechselfällen, die dem Vaterland befehlen sein möchten, Gott vertrauend entgegen gehen.

In der verwickelten Elbhol-Angelegenheit soll neuerdings der sächsische Minister Fehr. v. Beust durch einen neuen, auf einer anders geordneten Tarification beruhenden Ausgleichungsplan die widersprechenden Interessen zu versöhnen trachten. — Der frühere Ministerpräsident Ricafoli, welcher sich gegenwärtig in Berlin befindet, ist dem Bernehmen nach eines Augenleidens wegen hieher gekommen, um den Professor v. Graefe zu konsultiren.

Danzig, 10. Juni. Die „Elbe", das Transportschiff der ost-asiatischen Expedition, lief gestern Abend wohlbehalten in den hiesigen Hafen ein.

Wien, 11. Juni. (Fr. Bl.) Die „Wien. Ztg." von heute Abend berichtet, der König von Griechenland habe die Demission des Ministeriums Miaulis angenommen und dagegen folgendes ernannt: Kolokotroni, Conseilpräsident und Innenminister; Spiro Mitos, Kriegsminister; Meris, Marineminister; Hagisofos, Kultus- und Unterrichtsminister; Levidis, Finanzminister; Eliopoulos, Justizminister; Theodoris, Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

* Wien, 11. Juni. Die Frankfurter Pfingstversammlung erregt in der österr. Presse große Aufmerksamkeit. Der „Botischer" hebt hervor, daß dieselbe außer aller Verbindung mit den Entschlüssen und Absichten irgend einer Regierung stehe, und daß die Männer, welche dort zusammentraten, kein anderes Motiv leitete, als die innere Ueberzeugung, daß es an der Zeit sei, für die Sache der deutschen Einheit zu agitiren und dem überall und in allen Schichten des deutschen Volkes lebenden Gefühl einen praktischen, bestimmt formulirten Ausdruck zu geben. Schon im vorigen Sommer sei der Plan aufgetaucht, Anhänger der großdeutschen Partei zu einer solchen Konferenz zu berufen. In der jüngst zusammengetretenen Versammlung fanden sich aber Männer aller Parteien gegenüber, was den „Botischer" über das Ergebnis der Beratungen nicht sonderlich beruhigen kann. Trotzdem will er die Männer nicht tadeln, welche in der Ueberzeugung, daß sie etwas zum Wohle des deutschen Volkes zu thun vermöchten, an den Ufern des Rheins zusammentamen, zumal auch an Deutschösterreich die Einladung erging, sich an der Versammlung zu betheiligen, und in der Hitze der Debatte manches Wort gesprochen werden könne, das zündend in den deutschen Landen nachhallen werde. Von den deutschen Regierungen aber hofft der „Botischer" mit Zug und Recht, daß sie der Versammlung gegenüber den politischen Standpunkt und die gerechten Forderungen des deutschen Volks im Auge behalten und nicht einer kleinlichen Polizeiauffassung Raum geben werden. In dem Zusammentritt der Versammlung aber liege eine indirekte Aufforderung an die deutschen Regierungen, das große Werk der Bundesreform einträchtig und kräftig selbst in die Hand zu nehmen, und sich die Führung desselben durch keine vereinzelte Agitation entwinden zu lassen.

Die „Morgenpost" konstatarie die Thatsache, daß die Versammlung bei den Deutschösterreichern, die sich ihres Zusammenhanges mit Deutschland bewußt sind, ein lebhaftes und starkes Interesse erregte. Der Umstand, daß man den Oesterreichern Rechbauer und Brinz kaum zumuthen dürfte, daß sie für den Nationalverein schwärmen, lasse erwarten, daß der Nationalverein „zu andern Ansichten über das Verhältniß Preußens zu Deutschland" gelangt sei; denn auf ein „Auscheiden Oesterreichs aus Deutschland" würde namentlich Dr. Rechbauer, einer der Führer der deutschen Autonomisten gewiß nicht eingehen, wenn das auch vielleicht von Professor Brinz gedacht werden könnte, der in seiner bisherigen, streng zentralistischen Richtung kaum die Hoffnung gehegt haben dürfte, das Band, welches die deutschen Länder Oesterreichs an das alte Reich deutscher Nation knüpft, nicht allein nicht zu lockern, sondern sogar noch fester zu knüpfen.

Die „Neue A. Z." erkennen an, daß die deutsche Bewegung heute keine Phrase mehr sei, sondern eine Thatsache. Es sei daher nur eine eben so natürliche, wie erfreuliche Erscheinung, wenn endlich die berufenen Vertreter der deutschen Stämme und Staaten von dem nationalen Gedankens ergriffen werden; es sei ihre heilige Pflicht und Aufgabe, nicht länger

zu säumen mit der Erfüllung jener großen Mission, welche den politischen Männern in Deutschland vor Allem am Herzen liegt: die Mission der nationalen Einigung zur Errichtung einer gemeinsamen, kräftigen, nach innen wie außen gleich gerichteten Bundesgewalt. Vor allen Dingen aber müßten sich diese Männer klar werden, ob Groß- oder Kleindeutschland, ob mit oder selbst ohne Preußen, ob mit oder ohne Oesterreich, die nächste Arbeit der nationalen Einigung Deutschlands vollbracht werden könne. Und diese Klarheit sei es, welche jene Männer anstreben, die jüngst in Frankfurt zu einer freien Beratung zusammengetreten waren. Das Resultat dieser Beratung liege in dem Beschluß vor, zu einer Versammlung von Volksvertretern aller deutschen Bundesstaaten auch Deutsch-Oesterreichs einzuladen, in welcher die verschiedenen Wünsche und Ansichten endlich offen und unumwunden sich vorlegen sollen. — Am geringsten ist das Verhältniß diesmal bei der „Presse“, die dafür um so größere partikularistische Einseitigkeit und Verbitterung zur Schau trägt. Sie erblickt in der Frankfurter Pfingstversammlung lediglich das Werk des Nationalvereins, mit dem es in Folge der Vorgänge in Preußen mehr und mehr zur Reize gehe, und der jetzt durch eine Verständigung mit den bisher so gering geschätzten Gegnern ein neues Programm zu Stande bringen wolle, um neuen Boden zu gewinnen. Uebrigens wünscht die „Presse“, daß die bevorstehende Versammlung recht zahlreich, namentlich von deutsch-Oesterreichischen Abgeordneten besucht werde; denn wenn auch die deutsche Frage auf diesem Weg schwerlich werde gelöst werden, so werde doch die Sache der Einigkeit zwischen den Stämmen des großen Vaterlandes gefördert, und namentlich jene „pharisäische Geringschätzung“ des Nordens für den Süden gemildert werden, welche bis jetzt das größte Hinderniß jeder Verständigung gewesen sei.

Ein Vorfall in Stoßerau macht viel von sich reden und dürfte leicht erhebliche Folgen haben. Dort starb bei der Monturkommission bediensteter Hauptmann M. Moczari. Er war Protestant. Bei seinem Begräbniß war das Grabgelände und sogar eine Rede am Grabe mit Bezugnahme auf gewisse mit dem Konfession zusammenhängende Vorschriften untersagt worden, und als der evang. Garnisonsprediger Szoberinyi (der bereits auf der Generalversammlung des Gustav-Adolph-Vereins in Ulm 1860 auf Grund eingeholtener Informationen erklärt hatte, diese Vorschriften beständen nicht mehr) dennoch eine Grabrede hielt, erhob der Stadtpfarrer Klage wegen „Aufreizung“. Man ist auf den weitem Verlauf der Sache sehr gespannt.

Schweiz.

Bern, 10. Juni. (Vund.) Auf die Frage, ob die Schweizer Schützen mit der eidgenössischen Fahne und als nationaler Körper in Frankfurt willkommen seien, hat das Komitee in Frankfurt folgendes geantwortet:

Gewiß, Sie sind mit Ihren Fahnen uns willkommen! Denn das wäre ja doch eine seltsame Art von Gastfreundschaft, wenn wir den Gästen, die wir, wie die Schweizer, ausdrücklich eingeladen, das Recht verweigern wollten, mit ihren Fahnen und sonstigen nationalen Abzeichen zu erscheinen. Sie werden zudem als besonders geladene Gäste auch besonders, und zwar als Schweizer sein empfungen; Sie werden das Schweizer Kreuz hier mitten unter unsern deutschen Fahnen vorfinden; Sie werden die Fahnen, die Sie mitbringen, gerade so gut am Gabentempel aufhängen, wie die schweizerischen, bayerischen und übrigen deutschen Schützen die ihreigen auch. Indem wir Sie daher dringend bitten, jedem Zweifel wegen irgendwelcher Beschränkung Ihrer nationalen Ansprüche entgegenzutreten, und dieser unserer Erklärung nachzugehen, die geeignete Veröffentlichung zu geben, hoffen wir mit Zuversicht, daß Ihre Bedenken vollständig beseitigt sind, versichern wiederholt, daß Sie uns Alle herzlich willkommen sein werden, auch wenn Ihre Anmeldung erst nach dem 15. Juni erfolgen kann, und zeichnen hochachtungsvoll mit Gruß und Handschlag.

Bern, 11. Juni. Der „Vund“ meldet, daß die Grundlagen für Ausscheidung der erzbischöflich-komaskischen Tafelgüter im Tessin zwischen beiden Regierungen nun vollständig vereinbart sind. Es bleibt nur noch die Spezialtheilung an der Hand der vereinbarten Grundzüge durch beiderseitige Kommissionen, um einen Anstand definitiv zu erledigen, der zeitweise bitter zu werden drohte.

Italien.

Turin, 10. Juni. Das hiesige Bezirksgericht hat sich in dem Prozeß, welcher gegen die beiden Blätter „Espero“ und „Diritto“ eingeleitet worden ist, weil sie eine zum Aufbruch reizende Adresse an Garibaldi mitgetheilt hatten, für incompetent erklärt. Die Sache ist an das Schwurgericht verwiesen worden. — Die Domherren, welche während der Anwesenheit des Königs B. Emanuel in Neapel sich geweigert hatten, in der Kapelle des hl. Januarius zu erscheinen, sind in Anklagestand versetzt und zum Verlust jener Rente verurtheilt worden, die sie in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Domkapitels bezogen hatten.

Frankreich.

Paris, 12. Juni. Der „Moniteur“ erwähnt mit seinem Wort der Adresse der Bischöfe an den Papst, worin die weltliche Gewalt als notwendig für die Unabhängigkeit des Kirchenoberhauptes proklamiert wurde. Eben so summt bleibt auch heute das offizielle Blatt über Mexiko. Dagegen bringen die auswärtigen Zeitungen Nachrichten, die es allerdings erklärlich machen, wenn das Publikum wie die Börse das Schwereigen des „Moniteurs“ übel genug deuten. So will der „Globe“ Nachrichten aus Mexiko vom 8. Mai haben, wornach die französischen Truppen wirklich den Rückzug von Puebla nach Amega angetreten hätten. Die Madrider „Correspondencia“ ihrerseits veröffentlicht ein Schreiben aus der Havanna (18. Mai), welches sehr betrübende Schilderungen der Verluste enthält, die das französische Expeditionskorps bereits erlitten und noch erleiden wird; da, wie es scheint, das gelbe Fieber hinter der Armee einherzieht. „Die Straße von Equiquinte nach Tlacoac“ — sagt die „Correspondencia“ — ist rechts und links von kleinen hölzernen Kreuzen besetzt, unter

welchen die Juaven und Jäger begraben sind, welche der Typhus und die Dysenterie auf dem Marke hinraffte.“ — Nach Berichten aus London hätte der Herzog von A. m. a. l. e auf der Treppe einen Fall gekannt, der ihn zwingt, mindestens 14 Tage das Bett zu hüten. — Wie man hört, wird Prinz Napoleon dieser Tage nach London reisen. — Dagegen ist, wie man versichert, die Reise des Kaisers nach der Auvergne und den Zentraldepartementen bis zum Monat September, d. h. bis unmittelbar vor den Neuwahlen verschoben. Die Kaiserin und vielleicht auch der erste Male der Kaiserin werden Se. Majestät begleiten. — Der Prinz v. Wales ist heute Morgen in Paris angekommen und im englischen Gesandtschaftshotel abgestiegen. Der „Patrie“ zufolge wird sich der Prinz morgen nach Fontainebleau begeben. — Es bestätigt sich, daß nicht nur der Finanzminister, sondern namentlich die Beschlagene, welchen die italienische Anleihe schon theuer zu stehen kam, ernste Bedenken gegen die Zulassung des italienischen Creditfonds zur offiziellen Kursnotierung erheben. Das Budget des italienischen Königreichs, wie es jetzt vorliegt, ist übrigens vom finanziellen Standpunkte aus kaum ermutigend. 373 1/2 Mill. Defizit im Jahr 1860 und dazu 42 1/2 Mill. aus früheren Jahren; 519 Mill. Defizit im Jahr 1861, abzüglich von 94 Mill. uneinbringbarer Einnahmevermindrungen; 306 Mill. vorgesehener Defizit pro 1862. Das bildet zusammen eine Milliarde 485 Millionen, ein für 3 Jahre ganz respektables Sämmlchen. — 3proz. 68.75. Konv. 69.50. Di 546.25. Ital. 72.55.

Spanien und Portugal.

Madrid, 10. Juni. Die Diskussion über die mexikanischen Angelegenheiten hat heute in der Abgeordnetenversammlung begonnen. Hr. Dozaga stellte die Lage dar und ging die vorgefallenen Ereignisse der Reise nach durch. Der Minister des Auswärtigen, Calderon Collantes, widerlegte die dem Ministerium gemachten Vorwürfe. Er erklärte, die spanische Regierung sei ihrem politischen Programm, die verlangte Genugthuung und Entschädigung zu erhalten und dabei die Unabhängigkeit des Landes zu achten und einen Bruderkampf zu verhindern, getreu geblieben. Die Diskussion wird morgen fortgesetzt.

Madrid, 11. Juni. (Abgeordnetenversammlung.) Der Minister des Auswärtigen, Hr. Calderon Collantes, bemerkt, er habe die Londoner Konvention unterzeichnet, weil sie die Unabhängigkeit Mexikos sichere. Er gibt zu, die Erklärung gemacht zu haben, daß die Monarchie die beste Regierung für die Mexikaner sein würde, wenn diese für dieselbe stimmten; doch werde er keine Zustimmung mit Waffengewalt unterstügen. Er gestand gleichfalls die Erklärung ein, daß Spanien nicht gern den mexikanischen Thron von einem nicht-spanischen Prinzen besetzt sehen würde. Ueber die zukünftige Politik des Kabinetts hat der Minister nichts geäußert. Die Diskussion wird morgen fortgesetzt.

Lissabon, 10. Juni. Der „Dreonoque“ ist mit den barmherzigen Schwärzern an Bord abgesetzt. Im ganzen Königreich herrscht Ruhe.

Amerika.

Neu-York, 29. Mai. Es sind Berichte eingelaufen, wonach es sich bestätigt, daß Beauregard in Richmond ist, und die allgemeinen Anzeichen deuten darauf hin, daß die Südstaatlichen der Armee McClellan's den Weg nach Richmond ernstlich zu beschreiten gedenken. General Wool hat das „Norfolk Daybook“ unterdrückt wegen eines Angriffs auf Personen, die den Eid der Treue geleistet hatten. Nach der „Cincinnati Gaz.“ ist die Unionsarmee am 25. bis auf 3/4 Meilen weit von den feindlichen Besatzungen bei Corinth gerückt. Auf diesem Punkte verschanzten sich dann die Unionsstruppen. General Halleck meldet, seine Stellung erlaube ihm nicht, irgend Etwas auf Spiel zu setzen; er müsse daher jeden Punkt seines Vormarsches besetzen. Die Unionsstruppen sollten am 29. einen Angriff beginnen. General Lovell soll mit 7000 Mann in Corinth angekommen sein. General Price soll die Front der Südstaatlichen kommandiren. Nach Berichten aus Fort Wright am Mississippi, die bis zum 27. gehen, haben die Südstaatlichen an jenem Ort ansehnliche Verstärkungen erhalten. 2 Transportschiffe hatten aus Memphis 2 Regimenter Infanterie und 3 Batterien gebracht. Ein Theil dieser Streitmacht landete im Fort Randolph, während der Rest das Arkansasufer, beinahe gegenüber der Insel Nr. 33, einnimmt und dort Batterien aufweist. Ein Flüchtling aus Memphis erzählt, daß nach einem dort umlaufenden Gerücht 10 Unionschiffe die Mündung des White River bloßiren. Darnach wäre den südstaatlichen Dampfern der Rückzug abgeschnitten. Commodore Tatnall, ehemals Kommandeur des „Merrimac“, sagt in seinem amtlichen Bericht, der Grund der Vernichtung des „Merrimac“ sei folgender. Die Kosten versicherten ihm, sie könnten den „Merrimac“ bei einem Tiefgang von nur 18 Fuß bis auf 40 Meilen vor Richmond bringen. Im Vertrauen darauf ließ er den „Merrimac“ leichter machen und zur Besetzung Richmonds den James River hinaufgehen. Als das Schiff so leicht gemacht worden war, daß es nicht mehr zum Kampf taugte, erklärten die Kosten sich außer Stande, ihn bei einem Tiefgang von 18 Fuß oberhalb Jamestown Platz zu bugstren, bis zu welchem Punkte beide Ufer von nordstaatlicher Uebermacht besetzt waren. Daher der Entschluß, ihn in Grund zu bohren. Die nordstaatlichen Kanonenboote liegen noch 15–20 Meilen unterhalb City Point Richmond. Das Gerücht, daß General Burnside Raleigh in Nord-Carolina besetzt habe, hat sich als unwahr erwiesen. Der Richter Carmichael aus Talbot County in Maryland ist unter der Anklage des Verraths verhaftet worden. Die nordstaatlichen Beamten nahmen ihn im Gerichtshause fest. Er widersetzte sich mit Fußtritten gegen den Offizier, der den Säbel zog und dem Richter Eins über den Kopf gab. Nach einigem Lärm wurden Carmichael und 3 Bürger nach dem Fort M. Henry gebracht. General Butler sagt in seiner in Neu-Orleans erlassenen Proklamation, alle wohlhabenden Rebellen hätten die Arme der Stadt im Stich gelassen,

und fährt dann fort: „Die Vereinigten Staaten haben eine Land- und Seemacht nach Neu-Orleans geschickt, um rebellische Armeen zu bekämpfen und zu unterwerfen; aber sie finden Nichts vor, als lästige Massen, durchgebrannte Eigenthümer, einen schnappstrinkenden Pöbel und verhungerte Bürger mit ihren Weibern und Kindern. Es ist unsere Pflicht, die Ersten zurückzurufen, die Zweiten zu bestrafen, die Dritten auszurotten und die Letzten zu nähren und zu beschützen.“ General Butler hat eine für die Südstaatlichen bestimmte Quantität Rindfleisch und Zucker weggenommen; sie wird unter die Armee vertheilt werden. Die „New-Orleans Bee“ schreibt die Noth der Bevölkerung nicht einem Mangel an Freigebigkeit von Seiten der Einwohner, sondern der langen Belade und der zerrütteten Nahrung zu. Nach Berichten vom 20. Mai ist das genannte Blatt unterdrückt. Das „New-Orleans Delta“ erscheint unter föderalistischer Zensur. Konföderirte Noten dürfen nicht zirkuliren. Der von Jefferson Davis angeordnete Bußtag durfte in den Kirchen von Neu-Orleans nicht gefeiert werden. — Aus Havanna schreibt man, General Butler habe die von dem Agenten der H. Hoopie in Amsterdam beim holländischen Konsul hinterlegten 800,000 Doll. mit Beschlag belegt, und alle fremden Konsuln hätten gegen diese Beschlagnahme einstimmig protestirt. General Butler soll den Befehl gegeben haben, jene Damen von Neu-Orleans, welche sich Beleidigungen seiner Soldaten zu Schulden kommen lassen, als Freudenmädchen zu bestrafen. Laut direkter Nachrichten ist diese Proklamation Butler's wirklich echt. Eine Ladung Baumwolle ist aus Plaquemire in Neu-Orleans angekommen. General Butler hat angekündigt, daß alle nach Neu-Orleans kommende Baumwolle Unionschutz erhalten wird. Nach General Beauregard's amtlichem Bericht über die Schlacht Shiloh (Pitts Landing) beträgt der an beiden Tagen erlittene Verlust 1700 Tode, 8000 Verwundete und 1000 Geflechte.

Neu-York, 31. Mai, Morgens. Die Südstaatlichen haben Corinth am 29. geräumt und zogen in südlicher Richtung ab. General Butler fährt fort, Neu-Orleans mit der äußersten Strenge zu behandeln, und bisher zeigten die Einwohner keine Neigung, sich mit den Nordstaatlichen zu befreundeten. Es wird übrigens bestätigt, daß General Butler 100,000 im holländischen Konsulate hinterlegte Dollars mit Beschlag belegt habe, worauf sämtliche Konsulate gegen diese Gewaltthat Protest erhoben. Eine besondere Korrespondenz unangenehmer Natur entspann sich gleichzeitig zwischen dem britischen Konsul und Butler wegen der Verhaftung einiger britischen Unterthanen, welche früher Mitglieder der britischen Garde in Neu-Orleans gewesen waren und beschuldigt wurden, dem General Beauregard Waffen und Monturstücke geliefert zu haben. Die Untersuchung ist im Gang. — In Neu-York liegen gegenwärtig mehrere französische Kriegsschiffe.

Neu-York, 31. Mai, Abends. General Banks soll über Martinsburg wieder in Virginien eingerückt sein, und eine Unionsbrigade die Gegner aus Front Royal vertrieben haben. Die Südstaatlichen haben sich von Corinth nach Grand Junction, und von da weiter gegen Süden gezogen. Gesehern war das Gerücht verbreitet, sie hätten Richmond geräumt, und Memphis sei fast gänzlich von Truppen entblößt. Doch ist das Alles nichts weniger als verbürgt. Der „New-York Tribune“ zufolge hat der Schatzsekretär vermittelst eines Rundschreibens die Einfuhr aller Arten geistiger Getränke nach den vor kurzem erschlossenen Südhäfen verboten. Die bischöfliche Konvention von Maryland hat aus ihrem Komitee fast Alle, die der Regierung von Washington treu geblieben waren, ausgeschlossen. Von Norfolk kommt die Meldung, Petersburg sei geräumt worden. In dieser Stadt soll ein Unionsmeeting stattfinden, und wenn General Wool seine Zustimmung nicht verweigert, wird der Präsident ersucht werden, die Stadt dem Verkehr wieder zu erschließen.

Bermischte Nachrichten.

— **Frankfurt.** Die Redaktion des „Arbeitgebers“ macht mittelst Rundschreibens das Resultat der Sammlung zur Bildung eines Reisefonds für die Sendung deutscher Arbeiter in die Industrieausstellung nach London bekannt. Derselbe beträgt einschließlich der vom Vorstand des Nationalvereins zur Verfügung gestellten 2400 fl. im Ganzen 3179 fl. 44 1/2 kr., welche zur Auslösung von 21 Arbeitern hinreichen. Die Auswahl der Letzteren ist von der Redaktion des „Arbeitgebers“ vorgenommen worden, unter Beobachtung von folgenden Gesichtspunkten: 1) Berücksichtigung der Hauptindustriezweige, welche durch das Beispiel des Auslandes gehoben werden können; 2) der Hauptindustriezweigen mit 3) Hintanfetzung möglichst weniger deutschen Staaten; 4) möglicher Berücksichtigung der aus Majoritätswahlen hervorgegangenen Vorschläge vom Arbeiterbildungs- und Gewerbeverein; 5) von vielseitig durch Private Empfohlenen; 6) hervorragender Talente. Es waren 93 Anmeldungen, darunter von wenigstens 50 sehr tüchtigen Arbeitern, eingelaufen. Von Gewerben wurden Maschinenbauer, Stahlarbeiter, Goldarbeiter, Juweliere, Jacquardweber, Seidenweber, Tischler, Bildhauer und Holzschneider, Modelleure, Mühlenbauer, Maschinenkonstruktoren, Kunstbretter, Uhrmacher, Sattler, Steinmeße, Lackirer, Strumpfwirker erforen. Bei der Wahl ist noch berücksichtigt worden, daß in großen Industriezweigen und Städten ohnedies viele Arbeiter nach London geschickt werden. Dr. Dulla aus Königsberg wird sich der Expedition als eine Art Historiograph anschließen, um nach vollbrachter Fahrt einen umfassenden Bericht vom Standpunkt des Arbeiterstandes aus zu veröffentlichen.

— **Jena, 9. Juni.** Gesehern feierte der Geh. Hof- und Medicinalrath Kieser, Professor an der Hochschule zu Jena, das 50jährige Jubiläum seines Wirkens im Lehramte.

— Vor dem Wiffengericht des Bogen-Departements erschien dieser Tage ein junges, kaum 17 Jahre altes Mädchen, das 33 Brandstiftungen angeklagt war, von denen einige ziemlich bedeutenden Schaden angerichtet hatten. Das Gericht verurtheilte das junge Mädchen, das Alles eingestand, zu zwanzig Jahren Zwangsarbeit.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Gern. Kroenlein,

